

Nur Haftstrafe für Maid

Das philippinische Hausmädchen, das im September 2005 eine andere Maid aus den Philippinen ermordet hatte, wurde von einem Gericht in Singapur Ende Mai 2006 zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt. Das Gericht hatte die ursprünglich für eine solche Tat mögliche Todesstrafe in eine langjährige Haftstrafe umgewandelt, nachdem die Verteidiger darlegen konnten, dass die junge Frau für ihre Tat – sie hatte die Leiche zerstückelt und Leichenteile an verschiedenen Stellen der Innenstadt abgelegt – nicht voll schuldig ist. Der Fall erinnert in vielen Details jenen von Flor Contemplacion, einer jungen Frau aus den Philippinen, die 1995 eine andere Filipina und deren vierjährigen Sohn ermordet hatte. Die Verhängung der Todesstrafe für diese Tat und die anschließende Hinrichtung der jungen Frau hatten zu schweren bilateralen Spannungen zwischen den Regierungen der Philippinen und Singapurs und zu Protesten vor den Botschaften beider Länder geführt.

vgl. Reuters, Singapur, 29.5.2006

Verwarnung für Filmemacher

Der Filmemacher Martyn See ist von den Behörden Singapurs verwarnet worden, nachdem im letzten Jahr sein Dokumentarfilm über den Oppositionspolitiker Chee Soon Juan – Singapore Rebel – auf einem lokalen Filmfestival nicht gezeigt werden durfte. Für die Herstellung und Verbreitung von »party political films« drohen nach dem Film Act des Stadtstaates Geldstrafen von bis zu 100.000 Singapur-Dollar oder Haftstrafen von bis zu zwei Jahren. Sees Dokumentation über Chees Kampf für mehr Rede- und Versammlungsfreiheit in Singapur wurde von den Behörden als politische Parteinahme für die Ziele der oppositionellen Singapore Democratic Party (SDP) gewertet und mit Aufführungsverbot belegt.

vgl. Reuters, Singapur, 7.8.2006

Verleumdungsklagen gegen Opposition

Der Vorsitzende der Singapore Democratic Party (SDP) Chee Soon Juan und seine Frau, Chee Siok Chin sind vom amtierenden Premierminister Lee Hsien Loong und dessen Vater, Lee Kuan Yew, wegen eines Artikels in der Parteizeitung der SDP verklagt worden. In dem im Januar erschienen Beitrag werden führende Politiker der Regierung, so die Anklage, mit dem Spendenskandal der National Kidney Foundation (NKF) in Verbindung gebracht, der im letzten Jahr unter anderem zum Rücktritt des NKF-Vorsitzenden und umfangreichen polizeilichen Ermittlungen geführt hatte. Während Lee Hsien

Loong und sein Vater für eine rasche Verhandlung der Anklage unter Ausschluss der Öffentlichkeit plädieren, verlangen die angeklagten Oppositionspolitiker eine öffentliche Verhandlung. Sie sehen die Klage als einen weiteren Schritt zur Schwächung von Oppositionspolitikern. Chee Soon Juan verweist in diesem Zusammenhang auf weitere Klagen gegen ihn und Unterstützer seiner Partei, die ihm wegen vermeintlicher öffentlicher Wahlauftritte ohne behördliche Genehmigungen drohen.

vgl. Reuters, Singapur, 6.6.2006; AP, Singapur, 8.6., 29.6.2006

Keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Singapurs Regierung hat neue gesetzliche Regelungen zur Beschäftigung ausländischer Hausmädchen beschlossen. Die neuen Bestimmungen betreffen jedoch ausschließlich die Ausgestaltung der Verträge zwischen den Vermittlungsagenturen und den Arbeitgebern sowie zwischen den Agenturen und den Maids und dienen in erster Linie einer weiteren Angleichung der Vertragsbeziehungen in diesem von mittlerweile mehr als 600 Agenturen umkämpften Beschäftigungsmarkt. Organisationen wie Human Rights Watch kritisie-

ren dagegen, dass die neuen Regelungen nicht zu einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der schätzungsweise 160.000 jungen Frauen beitragen werden, die im Stadtstaat als Hausmädchen arbeiten. Gewaltsame Übergriffe gegen einzelne der Frauen hatten in den letzten Jahren immer wieder zu Kritik an den schlechten Arbeitsbedingungen und fehlenden Schutzbestimmungen laut werden lassen.

vgl. Reuters, Singapur, 21.7.2006

Medienschelte

Ein Portrait des Oppositionspolitikers Chee Soon Juan hat der angesehenen Far Eastern Economic Review eine Verwarnung durch die Medienaufsicht des Stadtstaats eingebracht. Der Vorsitzende der Singapore Democratic Party (SDP), der zurzeit wegen vermeintlicher Verleumdung führender Regierungsmitglieder vor Gericht steht, hatte in dem mehrseitigen Beitrag offene Kritik an der Politik des amtierenden Premierministers Lee Hsien Loong und dessen Vater, Lee Kuan Yew, geübt. Die Reaktion der so Gescholtenen ließ nicht lange

auf sich warten: Ausländische Medien, so die unmissverständliche Botschaft der Behörden, sollten sich mit ihrer Kritik gegenüber den politischen Verhältnissen im Stadtstaat zurückhalten. Um ihrer Medienschelte Ausdruck zu verleihen, änderten die Behörden auch gleich die bestehenden Mediengesetze. In Zukunft müssen ausländische Zeitungen eine Sicherheitsgebühr hinterlegen und einen Anwalt in Singapur als Rechtsvertretung wählen.

vgl. The Nation, Bangkok, 9.8.2006

nachrichten